

Die „Vollswacht“ erscheint täglich Nachmittags um 5 Uhr und ist durch die Expedition, Reuss-Strasse 1/4, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2,50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 2170.

# Vollswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher Redakteur für die einseitige Redaktion über deren Name 20 Pfennige, für Vertrieb und Anzeigenverwaltung 10 Pfennige. Preis für die Abgabe: 10 Pfennige. Aufträge für die Abgabe können bis zum 10. Uhr des Tages bei der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 160.

Montag, den 11. Juli 1904.

15. Jahrgang.

### Fingierte Fehlbeträge.

Es war ein guter Gedanke des Breslauer Arbeitersekretärs Neutirch, die von der „Schlesischen Zeitung“ über die Invalidenversicherung in die Welt gesetzten Tartarennachrichten gleich am Orte ihres Entstehens einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und vor aller Öffentlichkeit ihre wagen Behauptungen zu widerlegen. Vor zwei Wochen überraschte das genannte Blatt seine gläubigen Leser bekanntlich mit der Meldung, daß eine in Schlesien befindliche Beobachtungskommission der Landesversicherungsanstalten mit einer Unterbilanz von jährlich 81 Millionen Mark rechnet für den Fall, daß die Zahl der Rentendewilligungen in der bisherigen Weise weiter wachse. Kenner der Verhältnisse aus amtlichen und Arbeiterkreisen schüttelten erstaunt den Kopf, woher die plötzliche Entdeckung kam, welche das schlesische Scharfmaßerblatt natürlich mit einem Angriff auf die ganze Sozialgesetzgebung würzte. Selbst in amtlichen Kreisen konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es dem Blatte im wesentlichen nur um diesen Angriff zu tun gewesen ist. Dem Breslauer Arbeitersekretär gelang es in der Versammlung vor Sachkundigen am Freitag Abend den Nachweis zu führen, daß nur ein auf dem Gebiet der Invalidenversicherung gänzlich Unerfahrener die „Schlüsse“ der „Schlesischen Zeitung“ zurechtgedreht haben konnte. Schon vorher war im „Hamb. Echo“ nachgewiesen, daß die Finanzgebahrung der Invalidenversicherung einen günstigeren Verlauf genommen hat, als die Mathematiker sie voraus berechneten. Der Reservefonds, auf den man nach 17jährigem Bestehen gerechnet, sammelt sich schon 5 Jahre früher an, die Sicherheit der Rentenauszahlung wurde verdoppelt. Das gegenwärtige Vermögen von 1010 Millionen Mark läßt Beforgnisse nicht aufkommen, selbst wenn wir den Umstand berücksichtigen, daß seit der Novelle vom Jahre 1899 die Erreichung einer Rente etwas erleichtert wurde durch die Herabsetzung der Karenzzeiten. Wie wenig hebenfällige Nachwirkungen diese Veränderung zeitigt, erhellt aus dem Umstand, daß von den 142.000 im Jahre 1902 hinzugekommenen Invalidenrentnern 100.000 das fünfzigste Lebensjahr bereits überschritten haben.

Betrachten wir zunächst rein zahlenmäßig die bisherige Entwicklung der Invalidenversicherung, um uns die Grundlosigkeit der Anfeindungen klar zu machen. Abschließende Ziffern für das Jahr 1903 liegen noch nicht vor, im Januar dieses Jahres sind erst die Bilanzen von 1902 publiziert worden, für 1903 gibt es nur einige vorläufige Zahlen. Der Erlös an Beiträgen betrug im Jahre 1901 123,492,000 Mk. und stieg im Jahre 1902 auf 127,785,000

\*) Die Zahl der Invaliden- und Altersrentner wuchs 1903 auf 833,944, für die im ganzen 126,2 Millionen Mark bezahlt wurden, während die Beiträge 146 Millionen Mark ergaben. Die Rentenausgabe mit dem Reichszuschuß wuchs um 23 Millionen Mark, die Beitragseinnahme um 19 Millionen Mark, der Gesamtvermögenszuwachs ist noch nicht bekannt.

Mark. Die Zahlungen für Renten aller drei Gattungen betragen im Jahre 1901 90,977,000 Mark, 1902 103,884,000 Mk., von welchem Betrage ein reichliches Drittel aber noch vom Reichszuschuß gedeckt wurde, um dessen Schutz es der „Schlesischen Zeitung“ vielleicht auch einigemmaßen zu tun war. Die Steigerung der Invalidenrenten ist keine außerordentliche; sie war in allen vorhergehenden Jahren von ähnlichem Umfange gewesen; übrigens ging die Rentensumme der Altersrente sogar um 1 Million Mark zurück. Die Finanzgebahrung des Jahres 1902 zeigt folgenden Bild:

172,827,000 Mk. Gesamt-Einnahme,
24,512,000 „ Gesamt-Ausgabe,*)
mithin 78,315,000 Mk. Vermögenszuwachs.

Wo dabei ein Fehlbetrag von 81 Millionen Mark herkommen soll, bleibt ein Rätsel. Selbst wenn sich die Rentenzahlungen im vergangenen Jahre noch ganz erheblich erhöht hätten, zu welcher Annahme gar kein Grund vorliegt, und wenn die Beiträge zurückgegangen sein sollten, was erst recht unwahrscheinlich ist, wäre dies bei dem Vermögen von einer Milliarde 10 Millionen Mark durchaus nicht beunruhigend. Für die „Schles. Ztg.“ hängt davon allerdings das „Wohl und Wehe des Reiches“ ab, die angeblichen 81 Millionen Mark sind anscheinend in der südafrikanischen Sandwüste besser angewendet, als bei invaliden deutschen Arbeitern!

Was oben für die Gesamtheit der Landesversicherungsanstalten Deutschlands behauptet ist, bewies Arbeitersekretär Neutirch dann für die spezielle Verwaltung der drei größten Anstalten, nämlich für Schlesien, die Rheinprovinz und das Königreich Sachsen. Ueberall Zunahme der Beiträge, durchaus keine anormalen Veränderungen der Rentensummen, infolgedessen dauerndes, erhebliches Anwachsen des Vermögens. Von den 16,728 in Schlesien hinzugekommenen Invalidenrentnern stehen 14,121 in einem Alter von über 45 Jahren, 7665 sind über 60 Jahre alt. Wenn in Schlesien verhältnismäßig die meisten Renten ausgezahlt werden, so liegt das einmal an der außergewöhnlichen Schinderei, die hier üblich ist und den Arbeiter früh ruiniert, zum anderen an der Eilfertigkeit mit der die hiesigen Gemeinden ihre Armen der Invalidenversicherung überantworten.

An die Behauptung von den Fehlbeträgen knüpft die „Schles. Ztg.“, wie schon erwähnt, die Klage, daß zu viel Renten bewilligt würden, daß die zuständigen Beamten den Begriff der Erwerbsunfähigkeit nicht richtig definieren. Gegenüber dem Material, welches der Arbeitersekretär zu diesem Punkte beibrachte, kann man eine solche Behauptung nur mit dem Prädikat „frivol“ belegen. Wir sparen uns für einen zweiten Artikel die Veröffentlichung des tatsächlichen Materials auf, dasselbe verdient an erster Stelle unseres Blattes eine besondere Betonung, damit die Arbeiter wieder einmal erkennen mögen, wie es um die Rentenbewilligung bestellt ist. Eine noch größere Engherzigkeit und Knickigkeit bei der Gewährung von Renten zu belätigen, erscheint kaum

\*) Ohne Reichszuschuß.

möglich, zumal in Schlesien, wo die Renten am niedrigsten von ganz Deutschland sind und die Gewährung derselben am schwersten zu erlangen ist. Die ungünstigen Bescheide kommen daher, weil die Ärzte bei der Bestimmung der Erwerbsunfähigkeit eine viel zu große Rolle spielen, ihr Gutachten ist ausschlaggebend, die anderen Organe werden als nebensächlich betrachtet. Sollen diese ärztlichen Gutachten noch mehr den Ausschlag geben, dann heißt das die Invaliden dem guten Willen der Ärzte ausliefern und die Schiedsgerichte überflüssig machen. Dabei hat vernünftiger Weise nicht der Arzt, sondern der fachliche Sachkennner, der Schlosser, Schneider, Schuhmacher, den Grad der Erwerbsunfähigkeit eines Invaliden zu beurteilen, er versteht mehr davon als der Arzt. Dem Uebergewicht der Ärzte über die Schiedsgerichtsgutachten versuchte schon ein Rundschreiben des Reichsversicherungsamtes vom 31. Dezember 1901 zu steuern in welchem es heißt:

„Es ist wiederholt, namentlich auch im Reichstage, zur Sprache gebracht worden, daß bei dem Grad der Erwerbsunfähigkeit eines Rentenbewerbers abgegebenen Äußerungen der ärztlichen Sachverständigen bei der Entscheidung der Feststellungsorgane in Un- und Invalidenangelegenheiten mitunter ein zu weitgehender Einfluß eingeräumt werde.“

Das Reichsversicherungsamt nimmt deshalb auf Anregung des Herrn Staatssekretärs des Innern Veranlassung, darauf hinzuwirken, daß die Aufgabe der ärztlichen Begutachtung im Allgemeinen in der Feststellung der physiologischen Folgen des Unfalls oder der eine Invalidität begründenden Verletzungen ihre Begrenzung findet, dagegen die sonstigen ärztlichen Äußerungen, insbesondere darüber, welchen Einfluß der Unfall auf die Erwerbsfähigkeit des Rentenbewerbers ausübt, den in ihrer Entscheidung selbständigen Feststellungsinstanzen zwar wertvolle und bei inneren Krankheiten sogar oft unentbehrliche, aber keineswegs bindende Unterlagen für die Urteilsfindung bieten.“

Hierzu würde es unzulässig sein, wenn — was vorgekommen sein soll — die Feststellungsinstanzen einfach den von dem Arzte angegebenen Prozentfuß der Erwerbsunfähigkeit ihrer Entscheidung zu Grunde legten, ohne die Frage nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit selbst geprüft zu haben. Ein derartiges Vorgehen, durch das eine der wichtigsten Aufgaben der Feststellungsorgane zu einer mechanischen Wiederholung des Ergebnisses der ärztlichen Gutachten herabgedrückt werden würde, entspricht nicht der Absicht des Gesetzes.“

Hat im einzelnen Falle der in der Sache gehörte ärztliche Sachverständige auf Grund oder aus freien Stücken auch eine Äußerung über den Grad der Erwerbsunfähigkeit eines Rentenbewerbers abgegeben, so darf niemals außer acht gelassen werden, daß die Frage nach dem Grade der Erwerbsunfähigkeit an sich keine rein medizinische, und daß ihre Verantwortung nicht ausschließlich und in erster Linie Sache des Arztes ist, sondern in der Hauptsache eine der vornehmsten Aufgaben der mit der Rentenfestsetzung betrauten Instanzen bildet.“

Leider hat auch dieses Rundschreiben den beabsichtigten Erfolg nicht gehabt, es steht auf dem Papier, wird aber nicht befolgt, wie unsere in nächster Nummer folgenden Probefälle zur Genüge beweisen werden. Wenn schließlich der Fachmann der „Schles. Ztg.“ die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes angreift, so ist dazu zu bemerken, daß das Reichsversicherungsamt in Invalidensachen keine Rekurs-, sondern nur Revisionsinstanz ist, mithin sich auf die Berichtigung formeller Fehlgänge beschränkt. Wenn dabei

### Vox populi.

Roman von Konrad Telmann.

1) (Nachdruck verboten.)  
I.  
Es war einer der „zwanglosen Sonnabende“ bei Graf Alsfeld. Die Gesellschaft, die sich hier zusammenfand, war immer ebenso merkwürdig, wie die Art des Verkehrs und die, in welcher die Gastlichkeit des Hauses geübt wurde. Wer abmühselos hierherkam, geriet aus dem Erlaunen gar nicht heraus. Schwer war es nicht, eingeführt zu werden, denn willkommen war jeder; nur durfte er keinen Anspruch darauf erheben, daß man sich um ihn kümmerte. Denn das geschah nicht, man mußte sich auf eigene Faust seine Unterhaltung suchen. Alles wirkte hier laut durcheinander, die Vertreter aller Stände begegneten sich, nur daß die eine Hälfte der Gesellschaft die andere meist nicht kannte und auch gar kein Interesse an ihr hatte. Für berechtigt, hier zu sein, hielt sich aber jeder, und durfte es auch.  
Man hätte am ehesten glauben können, bei Graf Alsfeld sich auf dem jenseitigen Ufer eines Künstlers, eines Literaten oder eines Volksmannes zu finden. Es wehte eine gewisse schwebende Luft hier, die manchmal ein bißchen nach Bohème roch. Dies schloß aber nicht aus, daß man Offiziere, Diplomaten und Beamte zahlreich unter den Gästen gewahrte. Gewöhnlich bildeten sie freilich keine abgeschlossene Instanz in dem wogenden Meer aller dieser Existenzen hier, von denen man so häufig nicht wußte, wer sie waren und was sie hier wollten.  
Graf Alsfeld war ein merkwürdiger Mensch, aus dessen Leben man sich Romane erzählen könnte. Eingeweihten wollten freilich wissen, daß im Grunde alles sehr einfach darin zugegangen sei. Jedenfalls war er nacheinander Jurist, Offizier und Landwirt gewesen und hatte überall Schiffbruch gelitten.  
Seine künstlerischen Neigungen, in denen er sich geübt hatte, machten ihn für jede ernste Berufsarbeit unzulänglich, und seine schwärmerische Leidenschaft für das Theater und alles, was damit zusammenhing, — nicht am wenigsten für die Jünglinge der leicht geschätzten Operettenszene — hatte nacheinander sein Vermögen und das seiner Frau verschlungen, die er als junger Leutnant geheiratet hatte.  
Es war eine geistig unbedeutende, aber reich begabte Conscience aus einer bescheidenen Nebenlinie gewesen, die ihn nach fünfjähriger, ziemlich trübsamer Ehe, mit einem kleinen Mädchen, als Witwer zurückgelassen hatte. Wie und wovon er danach, meist auf Reisen, oder doch in Auslands, gelebt hatte, war nicht ganz klar. Die verschiedensten Versuche, eine zweite, reiche Heirat zu schließen, sollten gescheitert sein. Dann tauchte er plötzlich wieder in der Provinz auf,

auf, wo sein Name bei den mannigfachen Gründungen figurierte, verkehrte in den Kreisen der hohen Finanz und machte ein ganzes Ministerium und Fürstlichkeiten wüthigsten ihm ihres Unganges. Eines Tages wurde man durch die Nachricht seiner Verlobung überrascht. Wer die beteiligten Personen kannte, glaubte anfänglich an eine Mystifikation, bis man jeden Zweifel aufgeben mußte.  
Die Braut des Grafen, der jetzt in den besten Mannesjahren stand, wenn ihn seine Lebensweise und sein Temperament auch vor der Zeit hatten altern lassen, — die kleine Komtesse Wera zählte eben zwölf Jahre, — war Fräulein Annie Levy. Man kannte sie als eine der geistig hervorragendsten, bei allen Wohlfahrtsbestrebungen der Hauptstadt beteiligte Dame, die sich nicht umgereit die zweite Nabelstein nehmen hörte. Sie bildete den Mittelpunkt eines ausserwählten Kreises, in dem über die höchsten Fragen der Menschheit diskutiert wurde, protegierte Kunst und Künstler und war durch ihre kleinen, erlebten Diners berühmt, die sie selbst für ihre einzigen und eigensten „Feste“ erklärte. Sie war sehr reich und machte von ihrem Reichtum einen vornehmen Gebrauch.  
Daran, daß sie sich zu verheiraten könne, hatte man eher gedacht. Das schien gar nicht zu ihr zu gehören, lag ganz außerhalb ihrer Sphäre. Man mußte von keinem einzigen Antrag, den sie je erhalten, gerade ihre Unabhängigkeit war immer ihre Stärke gewesen. Und jetzt vollends mußte sie vierzig Jahre alt sein, älter als Graf Alsfeld. Ueberdies war sie immer auffallend häßlich gewesen. Das lag in ihrer Familie, ihre ältere Schwester Sarah war in ganz Berlin berühmt wegen ihrer Häßlichkeit; sie hatte zwar geheiratet, ihren Mann aber bald wieder verloren, und alle Welt behauptete, er sei an ihrer Häßlichkeit gestorben. Ihren Mangel an allen weiblichen Reizen machte Annie Levy durch ihre vornehme Haltung und eine gewisse A mit ihres Wesens zwar weit, aber daß man sie heiraten konnte, hatte doch niemand geglaubt. Und nun gar Graf Eberhard Alsfeld, der mit seiner schlanken, aristokratischen Gestalt und dem ergänzenden Vollbart um das bewegliche, scharf geschnittene, interessante Gesicht, als ein schöner Mann gelten mußte! Man begriff ihn ebensowenig, wie sie. Wenn überhaupt einmal eine Heirat, hätte jedes von beiden sicher eine passendere schließen können.  
Es ist allmählich verstanden man. Die familiären Finanzarrangements, bei denen Graf Alsfeld sich beteiligt hatte — wozu auch zuweilen mit seinem wohlklingenden Namen, — waren verdrängt, und er stand einmal vis-à-vis da. Dazu war er als weiblicher Verschwenker zu bekannt, um so leicht eine Millionärskocher heimzuführen zu können, man war überall auf der Hut vor ihm. Und Annie Levy hatte allen Grund die Schwärze, sich in ihn zu verlieben. Er sah ihr durchaus unähnlich, sie hatte sich überhaupt noch nie verliebt, aber man mußte es zuletzt wirklich glauben. Graf Alsfeld war der Prinz Louis Ferdinand in ihren geistreichen Zirkeln. Es war ein romantischer Nimbus um ihn gebreitet, der diese nichteren, verhandeltaren Frauenmänner ausgoß, die selbst gar nichts davon be-

saß oder begriff. Und dann gab es einen Stachel in ihrem Leben, von dem nur wenige etwas ahnten und von dem je zu sprechen sie sich geschämt hätte: ihren Namen. Sie, die freigeistige, vornehmste Frau, die es verstanden hatte, ihren Namen zu einem der geschätztesten und bekanntesten in der Hauptstadt zu machen, trug darauf wie an einem Fluch. Jeder Tag brachte ihr irgend eine peinliche Erinnerung daran. Bald fand ein berühmter Wächter ihres Namens vor der Barre und alle Zeitungen berichteten über den Prozeß, in dem keine Niederträchtigkeiten aufgedeckt waren; bald entdeckte ihr Auge ihn auf dem Schilde einer losgeren Restauration, oder sie wurde von Individuen angebettelt, die sich auf die Namensgleichheit beriefen; ganz zu geschweigen immer sich wiederholenden, maßlosen Fragen ihrer Kinder und Niderinnen: „Sind gnädiges Fräulein vielleicht unglücklicher Weise mit dem Levy verwandt, der unlängst mit der Londoner Millionärskocherung?“ u. s. w. Kurz: Alles vereinigte sich, um ihr ihren Namen verhaßt zu machen, diesen Namen, der im Grunde gar keiner war, weil ihn Tausende trugen, und der zu ihr, die eine Individualität war und sein wollte, so wenig paßte. Und je geheimer sie diesen Schmerz trug, tragen mußte, da ihr keine förmliche Seite völlig klar, um so tiefer trug er. Daß er bei der Verlobung Annie Levy's mit Graf Alsfeld eine Rolle gespielt, stand außer allem Zweifel.

Nachdem man sich in die erste Ueberraschung — oh kaum gefunden hatte, folgte schon die zweite: am Tage nach der Hochzeit verließ Gräfin Annie Alsfeld das Haus ihres Mannes, um niemals mehr dorthin zurückzukehren.

Die Tatsache hatte wochenlang alle Jungen der Residenz in Bewegung gesetzt. Die abenteuerlichen Gerüchte schwirren nur so durch die Luft, cynische Bonmots waren an der Tagesordnung, und selbst die Dörte hatte sich die Gelegenheit zu einem stark kolportierten Witz nicht entgehen lassen. In Wahrheit lag wieder alles sehr einfach. Am Hochzeitsabend hatte Graf Eberhard von seiner Frau bereits die Anstiftung ihres Vermögens oder doch die Anstiftung einer unbedingten Vollmacht darüber verlangt. Er plante nicht nur neue, großartige Unternehmungen, sondern hatte auf seine Verheiratung hin, auch Schulden gemacht. Als die, trotz aller Enttäuschung und Verliebtheit, ihre kleine Nabe bewahrende Frau sich weigerte, hatte er sich erhebt. Er war dringender, er war zuletzt brutal geworden. Wut und Erbitterung darüber, daß diese Frau ihm widerstand, ihn durchschaute, brachten ihn außer sich. Hohnlachend hatte er ihr die Frage ins Gesicht geworfen, ob sie denn wirklich im Ernst geglaubt habe, da er sie aus anderen Gründen, als um ihres Reichtums willen, zur Gräfin Alsfeld gemacht habe, ob ihr Spiegel und ihr Geburtschein sie vor solcher Verleumdung nicht bewahrt hätten. Und die Ehe sei doch wahrlich von ihr mit ein paar hunderttausend Mark nicht zu teuer bezahlt. Auf all' das hatte Gräfin Annie, die sich schämte, wie sie sich noch nie im Leben geschämt hatte, keine andere Antwort erachtet, als daß sie geirrt war. (Fortf. folgt.)

80 Prozent aller Revisionen als berechtigt anerkannt werden, so beweist das was nicht die Wichtigkeit des Reichsversicherungsamtes, wohl aber die Nachlässigkeit und Lotterigkeit der unteren Instanzen. Nur ein Stümper kann daraus dem Reichsversicherungsamt einen Vorwurf machen.

Man sucht die Arbeiter zu verdächtigen, daß sie wahre Raubzüge auf die Kassen der Invalidenversicherung veranlassen. Wir können die Herren versichern, so lange der Arbeiter noch kriechen kann, pfeift er auf die „hohe Rente“. Er hat allerdings geglaubt, in der Versicherung eine Hoffnung fürs Alter zu besitzen. Die Nachschafften der „Schleif. Btg.“ sind geeignet und wohl auch bestimmt, ihm diese Hoffnung vollends zu rauben.

„Japan und Rußland“ siehe Beilage.

### Politische Uebersicht.

**Warum geht es in Preußen nicht?** Die neueste offizielle Statistik über die Soldatenmishandlungen hat bewiesen, daß die Soldatenmishandlungen immer noch nicht abnehmen.

Zum Beweise dafür, daß auch innerhalb des jetzigen Systems die Qualitäten eingeschränkt werden können, sei eine kleine offizielle Statistik über die in Preußen von 1880 bis 1892 vorgekommenen Fälle von Mißhandlungen u. anzuführen: 1880: 174 Fälle, 1881: 154 Fälle, 1882: 109 Fälle, 1883: 95 Fälle, 1884: 84 Fälle, 1885: 84 Fälle, 1886: 84 Fälle, 1887: 84 Fälle, 1888: 84 Fälle, 1889: 84 Fälle, 1890: 84 Fälle, 1891: 84 Fälle, 1892: 84 Fälle. Damit haben die bayerischen Kriegsminister v. Mollath u. v. Deisinger diese Entschärfung erreicht? Einzig und allein durch die Pensionierung der Offiziere, in deren Abwesenheit systematische Mißhandlungen vorkamen. Man muß nicht nur der Hauptmann der betreffenden Kompanie verabschiedet, sondern es folgen auch noch der Bataillonskommandeur und der Oberst hinaus. Schlecht ging es auch den Offizieren, die selbst mißhandelt wurden. So ließ z. B. ein Hauptmann einen Mann aus der Kompanie wegstechen, bis er umfiel; in wenigen Wochen war der Herr inaktiv. Ein Leutnant hatte sich mehrere Mißhandlungen zu schulden kommen lassen; auch er verschwand von der Bildfläche. So ist man in Preußen den Mißhandlungen mit Erfolg zu Leibe gegangen, obwohl die gerichtlichen Strafen für die Täter häufig auch sehr milde ausfallen.

Befolgt Herr v. Einem die nämliche Praxis, so wird sehr bald eine Besserung eintreten. Nach dem Erscheinen des nächstjährigen Handbuchs der preussischen Armee werden wir berichten, ob der Herr Kriegsminister wenigstens gegen die Soldatenqualer im Offizierkorps vorgegangen ist.

**Wer prüft die Stiefel?** Es war einmal ein Mann mit Namen Eugen Richter, ein streitbarer Kämpfer für die heiligen Güter des Kapitals. Sein Weg führte aufwärts auf der parlamentarischen Treppe; hell strahlte sein Name als eines kenntnisreichen und mündfertigen Verfechters seiner liberalen Ueberzeugungen. Lang, lang ist's her.

Während er sich noch konnte in seinem Ruhm, während Krämmer und Geldwechsler ihn noch feierten als den Größten neben dem „Herod des Jahrhunderts“, hatte der Abstieg von der Treppe schon begonnen. Als er inne ward, was mit ihm geschehen, stand er recht tief unten und andere Männer mit anderen Zielen und andern Gedanken kämpften oben im Licht des Tages um das hellere Licht der Zukunft des arbeitenden Volkes.

Da ließ der Enthronete und Vereinsamte sich an einem Sommertage zerknirsch und ingrimmig am Fuß des Donnersberges in der Wäld nieder und schrieb und schrieb — und schrieb die 31 Lehren der Sozialdemokratie. Hell leuchtete sein verwöhntes Auge wieder auf, trotzig schwellte sein Mut wieder empor, als er nach langem, tiefgründigem Studium den Kern der Irrlehren aufspürte, er das bloße Gerede vom Zukunftsstaat dem fanatisierten Arbeiter enthielt: Wer sollte denn wohl die Stiefel putzen? Mit dem Manuskript in der Tasche schrieb Eugen vom Donnersberg; er hatte dem Liberalismus die Arbeiter zurückgewonnen. Das war vor einem halben Menschenalter.

In alle Kulturstaaten wurde die Frage überlebt: Wer wird im sozialdemokratischen Zukunftsstaat die Stiefel putzen? Alle Krämmer und Geldwechsler zerbrachen sich die Köpfe und alle Professoren und Juristen aller Länder erklärten einstimmig: Niemand! Folglich wird es nie einen sozialdemokratischen Zukunftsstaat geben.

Und nun, o Graus, kommt aus dem Land des Dollars eine Kunde, die alle süßen Hoffnungen Eugens und seiner Getreuen über den Hausen wirft und die da zeigt, wer im Gegenwartsstaat bald die Stiefel putzen wird. Hier ist die Kunde:

Eine automatische Stiefelputzmaschine, die elektrisch betrieben wird, hat ein Amerikaner namens Zimmermann erfunden. Sie wird vielleicht dem blühenden Gewerbe der Stiefelputzer in Amerika den Garaus machen. Der Apparat besteht in der Hauptsache aus einer kreisförmigen Platte, die alle zwei Minuten eine vollständige Umdrehung macht. Auf der Platte sind sechs Stiefel. In einer Stunde werden sechs Paare von je 20 Schuhen, und während dieser Zeit wird das Stiefelwerkzeug angebracht. Wer sich die Stiefel putzen lassen will, steigt auf die Platte und läßt sich auf einem der sechs Stiefel nieder. Hat sich dann die Platte um einen Kreis gedreht, so kommt dort, während der ersten Pause, die erste Reihe Stiefel an die festsitzenden Stiefel herab und unter dem Schwingen von dem Leder. Auf Station 2 kommt ein Reinigungsmittel zur Anwendung; auf 3 wird dieses abgerieben; auf 4 wird die Stiefel angeputzt und auf 5 der endgültige Glanz gegeben. Nach der letzten Pause von 20 Sekunden hat die Platte den Boden bis zur Höhe der Platte erreicht, und die Stiefel sind spiegelblank. 1900 Paare Schuhe bei einer geschätzten Arbeitszeit von 10 Minuten, das ist die tägliche Arbeit dieser Maschine, zu deren Bedienung nur zwei Leute nötig sind, die auf die Stiefel setzen und den elektrischen Motor von zwei Arbeitern betriebsfähig halten.

Es ist entsetzlich. Das soll Eugen nun machen. Er wird wohlhoffig die Nase seines Alters heulen müssen, nur seine sozialistischen Zukunftsbilder ungenutzt. Er wird an Stelle des Stiefelputzers eine andere Arbeit erschaffen müssen, vielleicht das Maschinenputzen. Aber wer bürgt ihm dafür, daß nicht irgend ein spekulativer Dackel eines Tages eine Maschinenputzmaschine erfand. Und was dann? Dann müßte er wieder umarbeiten! Eugen ist zu bedauern, daß er noch an seinem Lebensabend sehen mag, wie sein Werk in Trümmern fällt, sein geistlicher Nachwuchs von der Unvereinbarkeit des Sozialismus mit der menschlichen Natur.

**Ein in der deutschen Rechtsprechung seltenes Vorkommnis.** Vom Leipziger Schöffengericht waren die Buchdrucker Franke und Engelbrecht wegen angeblichen Vergehens gegen § 163 der Gewerbeordnung, ersterer zu sechs, letzterer zu acht Tagen Gefängnis, verurteilt worden. Sie sollen durch „Drohungen“ versucht haben, einen Schriftgleicher-Faktor zur Niederlegung der Arbeit — es war während des Schriftgleicherstreiks — zu veranlassen. Jetzt kam die Sache, da beide im Gefühle ihrer Schuldbiligkeit Berufung eingelegt, vor das Landgericht. Auch der Staatsanwalt hatte Berufung eingelegt, da ihm die Strafe nicht hoch genug erschien. Das Landgericht erkannte auf Freisprechung, nachdem der Staatsanwalt selbst nach der Rede des Verteidigers erklärt hatte:

„Ich befinde mich in der seltenen Lage, mich in vollem Umfang dem Herrn Verteidiger anschließen zu müssen und stelle das Urteil in das Ermessen des Gerichts.“

Die Kosten beider Instanzen wurden der Staatskasse auferlegt. Das Verbrechen der beiden Freigesprochenen hatte darin bestanden, daß sie dem Faktor den Ausschluß aus dem Verbands anfündigten, wenn er weiterarbeitete. Das hätte aber der Faktor als 10jähriges Mitglied wissen müssen, sagt das Urteil. Das Urteil hebt sich vorteilhaft von den in ähnlichen Angelegenheiten gefällten ab.

**Veranstaltungs-Freiheit in Sachsen-Weimar.** In Blankenhain vor für Donnerstag eine öffentliche Porzellanarbeiter-Veranstaltung“ geplant, in der Frau Helene Steinbach aus Hamburg referieren sollte, doch hatte man die Rechnung ohne den Bürgermeister gemacht, der an den Vertrauensmann folgendes schrieb:

Die von Ihnen für Donnerstag, den 7. d. Mts., Abends 7 Uhr im Waldschloßchen angekündigte politische Veranstaltung wird auf Grund des Landesgesetzes vom 7. Januar 1884 verboten, da das Thema „Unsere Waffen im proletarischen Kampfe“ zur Aufreizung geeignet, und daher zu untersagen ist, daß die öffentliche Ordnung gefährdet werde.

Schneider, Bürgermeister.

Jetzt ist zur Abwechslung wieder einmal eine Gefahr für die „öffentliche Ordnung“ beim Abhalten einer Gewerkschafts-Veranstaltung vorhanden. Das hatte man längere Zeit vergessen. Diesmal wußten sich aber die Porzellanarbeiter anders zu helfen, indem sie eine Zahlstellen-Veranstaltung mit der Frau Steinbach als Referentin abhielten. Gäste hatten natürlich Zutritt.

**Der Vormarsch gegen die Hereros.** Früher, als es in der Absicht des Generals von Trotha lag, hat der Vormarsch unserer Truppen gegen die Hauptmacht der Hereros am Waterberg begonnen. General von Trotha wollte belanntlich das Eintreffen weiterer Verstärkungen abwarten, ehe er zum entscheidenden Schlage ansetzte, er hat sich aber jetzt schon zur Einleitung der Hauptaktion gegen den Feind gerüstet gesehen, weil dieser allem Anschein nach verfuhr, sich der Umklammerung durch unsere Truppen zu entziehen, ehe der Ring der deutschen Kolonnen sich noch fester schloß. Ueber die Bewegungen des Feindes und die Maßnahmen unserer Truppen, seinen Durchbruch zu verhindern, berichtet folgendes Telegramm des Generalleutnants von Trotha aus Okavandja:

Bei dem Feinde südlich von Waterberg finden ansehnliche Bewegungen statt. Samuel Rabarers ist nach einer Meldung überfallen und getötet worden. In Okavandja sind die Hereros von Okavandja abgezogen, insbesondere aus der Gegend Okavandja-Okavandja. Die Hereros sind mit Viehweiden am 5. Juli begonnen zu haben. Feindliche Patrouillen sind noch dauernd am Okavandjaflusse sichtbar. Eine Patrouille von Oberleutnant von Felsow übernahm bei Okavandja die Aufklärung des Feindes und 30 Stiefel. Beim Feinde waren zahlreiche Leute und Fahrzeuge, die sich keine Verluste. Major von Gloger marschierte in der Nacht zum 7. Juli von Okavandja in der Richtung auf Okavandja, um sich dem feindlichen Abzug nach Okavandja entgegenzusetzen. Major von Gloger ist auf Okavandja am Okavandjaflusse, Major von Gloger über Okavandja am Okavandjaflusse in Okavandja. Ich werde mich morgen, den 9. Juli, zur Abklärung Okavandja. — Weiter Jakob Frey, 2. Feldkommandeur Regiment 1, am 8. Juli bei Okavandja, wurde am 6. Juli im Okavandjaflusse gegen Okavandja verunfallt und ist beim Rückmarsch verstorben.

In Okavandja ist Oberleutnant Tschorn, ein Sohn des bekannten Generalleutnants beim Oberverwaltungsgericht infolge eines Unfalles plötzlich verstorben.

Die Kolonne Gloger fand am 8. Juli südlich vom Waterberge. Sie marschiert am Nordrande der Erhebung entlang. Okavandja liegt an der südlichen Abbruchung des Waterberges, von Okavandja, der jetzt bekanntlich die Hauptabteilung führt, stand in südlicher Richtung dem Feinde gegenüber. Okavandja liegt ungefähr 30 Kilometer südlich von Waterberg. Ob der Vormarsch noch weiter auf die feindlichen Positionen gehen wird, muß davon abhängen, ob die Hereros ihre Durchbruchversuche nach Norden fortsetzen werden.

**Badde gegen die Konjunkturvereine.** Minister v. Badde hat eine Verfügung an alle Eisenbahnbetriebsstellen erlassen, in der er dem Banquier Badde mit der Bahnbetriebsstellenmännern alle Ehren durch den Klein- und Zwickauer Eisenbahnverein. Demnach dürfen Bahnbedienstete nur für solche Konjunkturvereine übernehmen, die nach dem Statute der Konjunkturvereine und Reglementen der Eisenbahnen ein unbestimmtes Bestehen haben. — Das Red der Zeit wird auch von Badde nicht gelassen.

**Ein sehrer Bogen in der Gewerkschaftsbewegung.** Von dem Gewerkschaftsbund war die Bewilligung von 1000 Mark zur Unterstützung der Gewerkschaften anlässlich des bevorstehenden Congresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes beantragt worden. Der Gewerkschaftsbund lehnte jedoch diesen Antrag ab mit der Begründung, man habe den Bundesrat auch ohne denartige Unterstützung trennen und erheben kann. — Eine Zeit in Bremen hat andere Ansicht. Drem und Expedient ohne Rücksicht auf die Gewerkschaften Gewerkschaften, Forderungen und berechtigten gibt es bei jeder nicht. — Die entsprechende Entscheidung des Bundesrats ist positiv auf die partei sozialdemokratische Vertretung zurückzuführen.

### Ausland.

**Der ungarische Eisenbahnenstreik** schlingt sich immer tiefer. Von 15 Eisenbahnen, die am Montag waren, sind nur noch 10 in Betrieb. Die Eisenbahnen sind fast vollständig durch den Streik von Budapest an der Eisenbahn abgeschnitten, werden in Budapest bei neuen Eisenbahnen zu je zwei Stunden Gefängnis verurteilt; die übrigen 12 Angeklagten werden freigesprochen.

In Genua (Italien) hat am 8. Juli ein heftiger Ausbruch der Straßenbahnangehörigen stattgefunden, nachdem gegen mehrere Ausländer

gerichtliche Urteile ergangen sind, zu Ausschreitungen geführt. Es fanden große Versammlungen statt, gegen welche 150 bewaffnete Gendarmen und 500 Mann Infanterie angesetzt wurden. Diese wurden mit Steinen beworfen und konnten die Menge erst auseinander treiben, nachdem sie mit der Waffe gegen sie vorging waren, wobei mehrere Personen verwundet wurden. Es wurden eine Anzahl von Verhaftungen vorgenommen. Durch die Steinwürfe wurden der Brakel, ein Oberst sowie der Stabschef der Garnison getroffen. Die Stadt ist militärisch besetzt.

Bei den Straßenunruhen wurden siebzehn Soldaten und zwölf Gendarmen sowie viele Personen, die sich an den Unruhen beteiligten hatten, verwundet; 29 Personen wurden verhaftet.

**Der Schweizer Bundesrat** ermächtigte den Bundespräsidenten Comesse, mit den Regierungen der größeren Staaten in Unterhandlung zu treten behufs Abschlußes permanenter Schiedsverträge.

**Der Karlsruher-Schwindel in Frankreich.** Die Untersuchungskommission für die Karlsruher-Angelegenheit hat die Schlussanträge des Berichterstatters Collin mit 18 gegen 8 Stimmen angenommen. In den Anträgen heißt es u. a.:

Die Kammer erklärt, daß sich bei der Untersuchung weder der Beweis für den Versuch einer Bestechung ergeben hat, der am 10. Juni von der Rednertribüne aus angelegt worden sei, noch für die gegen Edgar Combes erhobene Beschuldigung. Die Kammer bedauert, daß Ministerpräsident Combes unvorsichtigerweise und ohne ausreichenden Grund tiefe Erregung im Lande hervorgerufen und zum Schaden der französischen Interessen den Ruf des französischen Vertreters auf der Ausstellung in St. Louis aufs Spiel gesetzt habe. Die Kammer bedauert, daß Mißbrauch der Amtsgewalt gegenüber dem gerichtlichen Verfahren vorgekommen sei.

**Ein Einbruchdiebstahl in der deutschen Gesandtschaft in Tanager** ist am Donnerstag Abend von zwei Arabern verübt worden. Die davon benachrichtigte marokkanische Behörde hat der Gesandtschaft eine militärische Wache gegeben.

**Boger-Urachen** sind, wie die „Köln. Btg.“ aus Schanghai meldet, nach aus Kwangsi kommenden Nachrichten in dieser Provinz von neuem ausgebrochen. Der Gouverneur unternahm alsbald Schritte, um das Umsichgreifen der Bewegung zu verhindern, wobei man indessen den Gegner unterschätzte, so daß das Truppenangebot geschlagen wurde und sich alsbald zurückziehen mußte. Dadurch ist leider dem Glauben der größeren Menge an die Sieghaftigkeit der Boger merklicher Vorstoß gegeben, so daß ein weiteres Umsichgreifen der Bewegung befürchtet wird.

**Der demok. stliche Präsidentschaftskandidat in Nordamerika.** Richter Prater erhielt im ersten Wahlgange 658 Stimmen. Bevor aber das Ergebnis verkündet wurde, Abtrünnigen die Staaten Idaho und Westvirginia 2 Stimmen auf ihn, die Parter die zur Nomination erforderliche Zweidrittelmehrheit verschafften. Sodann wurde ein Antrag angenommen, dem zufolge die Nomination einstimmig erfolgte.

### Partei-Angelegenheiten.

Parteipresse. Genosse Hans Marckwald tritt am 1. August in die Redaktion des „Norddeutschen Volksblattes“ in Danzig ein.

### Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 11. Juli.

\* **Unsere gestrige Flugblattverbreitung** ging in den meisten Stadtteilen glatt von statten. Gräbchen, Scheinigt, die Nikolai- und Obervorstadt sind, wie wir hören, vollständig besetzt. Dagegen konnten in der inneren Stadt und vor dem Ohlauer Tor nicht alle Bezirke erledigt werden. Von den 115,000 Flugblättern, die zur Verteilung kommen sollten, sind circa 80,000 bis 85,000 erledigt. Wegen der übrigen Bezirke werden wir morgen einen Aufruf erlassen zur nochmaligen Beteiligung. Wie notwendig die Erledigung des Restes ist, geht aus folgende „Bestellung“ hervor, die uns heute mittels Postkarte zugeht:

An die Redaktion des „Volksblattes“

Breslau.

Da habt Ihr verlogenes Gesindel wieder einmal ein richtiges Tam-tam losgelassen. O, Ihr verlogenen Spighuben. Ihr Bagabunden, die Ihr bloß von dem Schwafze der Arbeiter lebt. Schämt Euch, so eine Heuschke in die Welt zu schicken mit Eurem Flugblatt vom Sonntage.

Das ist die Bestellung auf Euer Saublatt. Ich werde Euch nie vergessen!

Wir werden dem verehrten Einsender, wenn er sich einmal irani, seinen Namen anzugeben, ein Lexikon des schlechten Tons in allen Lebenslagen übergeben, es fehlen noch einige kräftige Schimpfwörter.

Unsere Genossen aber mögen daraus ersehen, daß das Flugblatt auf die Gegner gut gewirkt hat. Deshalb muß der Rest noch gut untergebracht werden.

\* **Uchtung, Holzarbeiter!** Der dritte Absatz unserer Bekanntmachung in Nr. 159 war durch ein Versehen nicht klar zu verstehen, es soll da heißen:

Sollten die Kollegen, welche bei Kleinmeistern beschäftigt sind, nicht in der Lage sein, die Zugeständnisse derselben zu erlangen, so empfehlen wir den Kollegen, zunächst die 2 vorgesehene Kommission behufs Regelung der Arbeitsverhältnisse anzurufen. Alle Anträge sind zu richten an den Obmann der Kommission A. Peiderer, Ursulinerstraße 27, 1. Etage.

Im übrigen machen wir bekannt, daß bis jetzt vier Baufirmen und eine größere Möbelfirma die Verträge nicht gehalten haben. Wir machen daher noch einmal darauf aufmerksam, daß im Interesse der geregelten Durchführung der Verträge alle Firmen uns bekannt gegeben werden, welche bewilligten oder nicht bewilligten.

Die Lokalverwaltung.

\* **Die „Eitlichkeit“ und die „Schlesische Zeitung“.** Das Scharfmacherblatt druckt die in unserer letzten Sonnabend-Nummer abgedruckte „Erklärung“ der Leiter des Bauhilfsarbeiter-Verbandes ab und fügt folgende niedrige Denunziation dem an:

Zunach haben also die mit dem Arbeitgeberbunde tatsächlich vereinbarten Arbeitsbedingungen offenbar den Vertretern der Breslauer Bauhilfsarbeiter nicht gepaßt, und so haben die Herrn auf eigene Faust andere Arbeitsbedingungen fabriziert, die Namen von Vorstandsmitgliedern des Arbeitgeberbundes darunter setzen lassen und die gefälschten Arbeitsbedingungen in Masse drucken und auf den Bauhilfsarbeiter verteilen lassen. Die Unterzeichner erklären, bei dieser großen Fälschung — denn nur als solche wird auch jeder wirklich bestehende Arbeiter derartige Manipulationen auffassen — „dennoch im guten Glauben“ gehandelt zu haben. Die Vertreter einer großen Gruppe der Breslauer Arbeiterhelfer wollen es also für gut gehalten haben, Vereinbarungen und Unterstellungen zu fälschen und damit die Arbeitgeber ebenso wie ihre eigene Kollegenchaft zu hintergehen. Es ist ein vielfaches Zeugnis, daß hier drei Arbeiterführer ihrer eigenen sittlichen Verfassung anstellen!

Man sollte meinen, daß die „Schlesische Zeitung“ an den Fälschungen eines Hammerstein, eines Sanden, eines Terlingen, eines Schulz und Nomeid, die sämtlich nicht „Arbeiterführer“, wohl aber führende Mitglieder der konservativen Partei waren, also derselben Partei, der die „Schlesische Zeitung“ angehört, genug zu schaden hätte. Aber wenn ihr das nicht genug ist, könnte sie sich ja umsehen in anderen Lagern der bürgerlichen Parteien. Sie würde dabei den Wechselwähler Sebboth und den famosen Nationalliberalen Münder finden. Also es gibt genug des Unrats drüben, ganz abgesehen von den elenden Denunziationen und schändlichen Tatsachenfälschungen, deren sich die „Schlesische Zeitung“ Tag für Tag schuldig macht.

Aber liegt in dem Bauarbeiter-Falle wirklich eine „Fälschung“ vor? Der Staatsmaurermeister Simon, den doch die „Schlesische Zeitung“ sicher nicht als „verdächtig“ hinstellen kann, schreibt dem Verbands der Bauhilfsarbeiter das folgende:

„Zu meinem Leidwesen bin ich durch dringende Geschäfte heute verhindert, wie ich dies sonst getan hätte, in Ihrer Versammlung zu erscheinen. Ich bestätige daher, was ich in der Versammlung ankündigen wollte, kurz wie folgt: Nach den zwischen uns stattgefundenen Besprechungen halte ich die Angelegenheit betreffend die durch Sie erfolgte einseitige Herausgabe einer Arbeitsordnung nunmehr für vollständig zufriedenstellend erklärt, insonderheit erkenne ich gern an, daß die Herausgeber dieser Arbeitsordnung sich hierbei in völlig gutem Glauben befunden haben. Wenn die Arbeitgeber des Baugewerbes jetzt zu einer Tarifgemeinschaft mit den Bauarbeitern gekommen sind, so gebe ich mich im Verein mit meinen Kollegen der Hoffnung hin, daß hierdurch nicht nur ein beiderseitiges Befriedigen der berechtigten Interessen erreicht, sondern daß auch das „gemeinsamliche Bestehen aller Beteiligten“ erreicht sein wird, bestehende Wünsche der Arbeitnehmer zu berücksichtigen, ebenso etwa bekannt werden berechtigten Klagen abzuwehren. Wenn der Vorstand des Arbeitgeberverbandes stets gern bereit sein wird, nicht nur auf eine Besserung der Arbeitsverhältnisse, sondern überdies auch auf Besserung der Zustände auf den Baustellen hinzuwirken, so liegt derlei zugleich die Erwartung, daß von Seiten des Hilfsarbeiterverbandes alles geschehen wird, um in diesem Sinne freundschaftlich zusammen zu wirken.“

Die beteiligten Arbeitgeber sind also über die „Fälschung“ und die „fittliche Verfassung“ der Arbeiter ganz anderer Meinung, wie das Denunzianten-Organe von der Schweidnitzerstraße. In Wahrheit ist auch das Zustandekommen des „gefälschten“ Tarifs ein ganz harmloses. Die drei Unterzeichner der „Erklärung“ sind einfache Arbeiter, denen die Feder nicht so vertraut ist, wie den akademisch „gebildeten“ Redakteuren der „Schles. Ztg.“ Um nun die mündlichen, allerdings nicht schriftlich fixierten Abmachungen den Bauarbeitern mitzuteilen, begingen die Verbandsleiter die Unvorsichtigkeit, den Maurer-Tarif zur Hand zu nehmen und brachten in diesen die für Bauarbeiter bestimmten Lohnsätze und Arbeitszeitbestimmungen hinein. Sie ließen aber unbedachter Weise manches stehen, was für die Bauarbeiter nicht paßte und nicht vereinbart war. Das war unvorsichtig, aber daß das eine „Fälschung“ sei, kann nur die „Schles. Ztg.“ finden.

**\* Zwei Urteile Breslauer Richter.** Uns liegen zwei Urteile über Strafsachen vor, die an einem Tage vor der Breslauer Strafkammer zur Verhandlung kamen. Lassen wir die Fälle selbst reden:

Der Zimmermann Ernst N. hatte einem Kollegen eine Art im Werte von 1.80 M. mittels Einbruchs entwendet. Der ursprüngliche Besitzer hatte sich am anderen Abend nebst einem Kollegen zu dem Angeklagten begeben und dieser gestand zu, die Art aus Not entwendet zu haben, um Arbeit annehmen zu können. Er versprach aber, die Art am anderen Tage zurückzugeben zu wollen, da er, nachdem er einen Tag gearbeitet habe, sich Vorarbeiten geben lassen wolle, um sich selbst eine Art kaufen zu können. Er hielt auch Wort und lieferte die Art am anderen Morgen zurück. Der Staatsanwalt kam auf Grund der Beweisaufnahme zu der Überzeugung, daß die Absicht der rechtswidrigen Zueignung gefehlt habe, der Angeklagte habe wirklich aus Not gehandelt, um arbeiten zu können und habe die Art zurückgeliefert, nachdem er in der Lage war, sich selbst eine solche kaufen zu können, was sicher auch vorher in seiner Absicht gestanden habe. Aus diesem Grunde beantragte er Freisprechung. Das Gericht hielt die Absicht rechtswidriger Zueignung für nachgewiesen und verurteilte den allerdings schon vorbestraften Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis!

Der Arbeiter Karl Th. war beschuldigt, vor nahezu zwei Jahren in der hiesigen Getreidehalle einige Düten mit Getreideproben entwendet zu haben. Der Wert betrug nur einige Pfennige. Der Angeklagte gibt an, aus Rache zur Anzeige gebracht zu sein, im übrigen aber niemals Proben geföhlen, sondern dieselben geföhnt zu erhalten zu haben. Der Markthallendiener gab als Zeuge an, daß die etwa liegen gebliebenen Düten von ihm, laut dem mit der Stadt abgeschlossenen Vertrage, in Verwahrung zu nehmen seien und wenn innerhalb drei Tagen ein Anspruch darauf nicht geltend gemacht würde, so gingen dieselben in seinen Besitz über. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten demnach im Sinne der Anklage für überführt und beantragte eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, indem es sich auf den Standpunkt stellte, die liegen gebliebenen Düten, deren sich der Angeklagte, wie mit Sicherheit anzunehmen sei, bemächtigt habe, hätten sich nicht mehr im Besitze der ursprünglichen Eigentümer und andererseits auch noch nicht im Besitze des Hallendieneres befunden, seien mithin herrenlos und Gut gewesen. Der Angeklagte habe sich deshalb durch ihre Aneignung nicht strafbar gemacht.

Wenn in solchen Fällen die Rechtsauffassung berufsmäßiger Juristen zu so verschiedenartigen Schüssen zu führen vermag, um wieviel mehr ist dies bei den viel komplizierteren Vorgängen auf dem Gebiete des gewerblichen und des Koalitionsrechts möglich. Wie leicht kann es hier möglich werden, daß Urteile auf Rechtsirrtümern aufgebaut werden? Und wie will man verlangen, daß das Volk eine solche Rechtspflege verstehen kann?

**\* Junker und Kleinbauer!** Man schreibt uns aus dem Wahlkreise Bunsau-Lüben: Die Arbeiter- und Kleinbauernfreundschaft der Junker, von welcher diese bei der Wahl so sehr viel erwarteten, zeigte sich hier in unserm Kreise gelegentlich der Verpackung der Gemeindejagd von Bergsdorf in recht eigenartigem Lichte. Wegen des enormen Wildschadens, welcher durch das Wild des bisherigen Pächters der Jagd, des Herrn Fürsten zu Solms-Baruth verursacht ward, war die Gemeinde der Ansicht, diesem nicht mehr oder nur zu erhöhtem Pachtpreise die Jagd wieder zu verpachten. Da der Fürst sich dem nicht verstand, so wurde derselbe durch einen andern Pächter überboten und sollte diesem später der Zuschlag erteilt werden. Bis soweit war alles ganz ruhig und glatt abgegangen, nun ließ aber der Herr Fürst zu Solms-Baruth deutlich die Zeichen seiner Macht fühlen, indem er den in seinem Eisen-Hüttenwerk in Lorenzdorf, sowie bei den Forst- und Waldarbeiten beschäftigten Gemeindefürstlichen

Arbeitsverhältnis kündigte. Leute, die seit Jahren zur Aufrechterhaltung in allen diesen fürstlichen Betrieben gearbeitet hatten, erhielten plötzlich ihre Kündigung. Doch auch dieser für so viele der Betroffenen schwere Schlag hätte die Gemeinde noch nicht mürbe gemacht, da die meisten gewillt waren, diese herrlichen Gnadengelbe des Herrn Fürsten zu verlassen und sich anderer Arbeit zuzuwenden. Nun stürzten aber im Dorfe Gerichte, wonach der gnädige Fürst die Absicht hegen sollte, den Kleinbauern die Entnahme von Waldstreu zu untersagen, und ihnen keine Fuhren für seine Werke zuzulassen, und dies entmutigte diese so sehr, daß der Fürst die Jagd wieder zu den alten Bedingungen verpachtet erhielt. Wer da irgend weiß, was diese Maßnahmen, wenn es wirklich so weit gekommen wäre, für die arme Bevölkerung dieser in Wald und Sand angebaute Landleute bedeutet, die einfach ruiniert sind, so ihnen keine Steuern abfolgt wird, da auf ihren mageren Aedern von Strohenke keine Rede sein kann, wird es verstehen, daß nun endlich der Fürst zu Solms seinen Zweck erreicht und die Jagd zu den alten Bedingungen wieder erhielt. Noch wurde uns mitgeteilt, daß den armen Kleinbauern für das von ihnen vom gnädigen Herrn gewünschte Ackerland überhaupt gar keine Wildschaden-Erntschädigung gewährt wird, meagrelich auch das Wild des Fürsten den Ertrag zu einem guten Teil für sich braucht und die Kleinbauern die Ackerpacht voll bezahlen müssen. So sieht also die übergroße Sympathie und Liebe der Junker zum ländlichen Arbeiter- und Kleinbauernstande aus!

**\* Fenstervorhänge in den Personenwagen vierter Klasse.** In gleicher Weise, wie für die neuen Personenwagen vierter Klasse bereits Fenstervorhänge beschafft wurden, sind nunmehr, wie wir hören, nach einer Verfügung des Eisenbahnministers v. Bubbe auch die schon vorhandenen Personenwagen vierter Klasse mit solchen auszustatten. Zu verwenden ist hierfür der gleiche Stoff, der auch für die übrigen Personenwagen benützt wird; es können jedoch zunächst die etwa noch vorhandenen Leinwandstoffe verwendet werden. Für die Ausstattung selbst können die vorhandenen Personenwagen vierter Klasse als Muster dienen, die bereits Vorhänge besitzen. Die Ausführung ist auf die beiden Staatsjahre 1904 und 1905 zu verteilen, in erster Reihe sind die dreischneigen Wagen mit Vorhänge, die zweiachsigen Tuchbahnwagen mit gefalteten Fenstern, schließlich auch die übrigen Wagen, soweit sie nicht in den ersten Jahren auszumauern sein würden, mit Vorhängen auszurüsten. Die Kosten sind auf gewöhnliche Unterhaltung zu verrechnen; innerhalb 3 Wochen ist anzugeben, welche Kosten in diesem Staatsjahre erwachsen werden, die weiteren Kosten sind für 1905 zu veranschlagen.

**\* Verband der Bauhilfsarbeiter.** Im Gewerkschaftshause hielten am Sonntag die Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter eine ordentliche Mitgliederversammlung, die sehr zahlreich besucht war. Auf der Tagesordnung stand: Abrechnung der Agitationsarbeiten, Bericht über die Vertrauensmänner und Bericht über die Tätigkeit der Bauarbeiter-Schutzkommission. Nach Erledigung des ersten Punktes durch Kollegen Langner wurde ein Schreiben des Staatsmaurermeisters Simon verlesen, der versprochen hatte, an der Versammlung teilzunehmen, aber am Erscheinen durch dringende Geschäfte verhindert war. Das Schreiben drucken wir an anderer Stelle ab. (D. R.) Zum zweiten Gegenstand übergehend, schildert Langner die neuesten Vorgänge auf den Baustellen. Hier sehen, bemerkt er, eigentlich im Zeichen der Baupfaffen. Es läßt sich bald ans, als ob die Breslauer Bauarbeiter in einem fortwährenden Streit lägen. Aber die Notwendigkeit zwingt dazu, der Tarif dürfte unter seinen Umständen durchzuführen werden, denn sonst würden alle Bemühungen und Opfer, die man hat aufwenden müssen, um einen Tarif zu Stande zu bringen, umfruchtbar Arbeit sein. Vorhinein jedoch sei bei der Verhandlung von Bauarbeitern am Plage, selbständig dürfen die Kollegen die Arbeit nicht einstellen, es müsse alles seinen geregelten Gang durch die Ortsverwaltung nehmen. Die Solidarität mit den Mannern solle hochgehalten werden, erforderlich aber sei, daß die Arbeiter, wenn auf einem Bau bei Durchführung der Arbeitsbedingungen Unregelmäßigkeiten vorkommen, die die Durchführung der „Sperr“ zur Notwendigkeit machen, sich erst mit der Ortsverwaltung der Bauarbeiter ins Einvernehmen setzen, wenn die Sperr eine gemeinschaftliche sein soll. Die Arbeiter können doch nicht, wenn der betreffende Arbeiter den Tarif der Hilfsarbeiter innehat, ohne weiteres die Arbeit einstellen. Unbedingt müssen zwischen den Organisationen der Mannern und der Hilfsarbeiter Verhandlungen vorausgehen. Dadurch erleide die Solidarität keinen Nachteil. Nach dem Schreiben des Herrn Simon sei anzunehmen, daß der Arbeitgeberverband das Bestreben hat, für Aufrechterhaltung des Tarifs einzutreten, das sei ehrenlich, aber weniger ehrenlich sei es, wenn man hören muß, daß Herr Simon die Träger nicht vorzüglich entlohnt, hoffentlich ändern sich die Dinge jetzt zum Besseren. Kollege Machol knüpfte an die Ausführungen des Vordredners an und erörterte seinerseits die Baupfaffen, wobei er besonders das Vorgehen der Polizei beklagte. — Dem Bericht über die Bauarbeiter-Schutzkommission ist zu entnehmen, daß die fortgesetzte Agitation behufs Herbeiführung besserer Zustände auf den Baustellen schon Nutzen gebracht, mancher Unbestand beseitigt worden ist. Die Audienz beim Oberbürgermeister berechtigt zu der Hoffnung, daß die dort gepflogenen Verhandlungen den erwünschten Erfolg haben werden. In samärer wie hygienischer Beziehung müsse noch gar sehr viel besser werden. Dem Gewerkschaften erwachse aber die Aufgabe, der Schutzkommission hilfreich zur Seite zu stehen, und in dieser Beziehung bleibe noch viel zu wünschen übrig. Wenn der Kommission mehr Mittel zur Verfügung ständen, würde sie noch mehr schaffen können. Der Obmann teilte auch den Plan mit, den die Kommission begehrt, einer Ausstellung von vorchristlichem Ägypten, Äthiopien u. im kleinen Maßstabe. Im gleichen Maße wie die Erziehung höherer Löhne sei die Erhaltung von Leben und Gesundheit im Vordergrund aller Bestrebungen zu stellen. Alle im Baufach beschäftigten Personen sollten das lebhafte Interesse an der Durchführung des Planes bekunden durch tatkräftige Unterstützung. Wir aber sind es unseren Frauen und Kindern schuldig, auch in dieser Beziehung unsere Schuldigkeit zu tun.

**\* Vom Verlosungsrennen zu Breslau.** Bei der Verlosung des gemündeten Rennpferdes wurde die Nummer 3537 gezogen im Besitze des Heizers Gustav Schmoll aus Gröden. Das dreijährige Pferd wurde bei der Versteigerung für 3700 Mark angekauft.

**\* Bau der Ober.** Der Wasserstand war gestern im Unterwasser so niedrig, daß die Passagierdampfer nach Oswitz und Rasselwitz überhaupt nicht verkehren konnten. Landende von Menschen, die das schöne Wetter zu einem Dampferausflug benutzen wollten, fanden sich an der Königsbrücke ein, mußten aber ohne ihren Wunsch erfüllt zu sehen, wieder umkehren.

**\* Feuer.** Gestern Nachmittag um 6 1/2 Uhr brach in der Wartehalle der Dampferhaltestelle Schwedenchanze in Oswitz Feuer aus, das mit solcher Schnelligkeit um sich griff, daß das ganze Bretterdach sowie die gesamte innere Einrichtung den Flammen zum Opfer fiel. Das Glück führte in dem Zeitraum von einer halben Stunde in sich zusammen. Außer der Kasse konnte nichts gerettet werden. Auf welche Weise das Feuer entzündet ist, blieb vorläufig unklar. Man vermutet fahrlässige Brandstiftung durch Personen, welche sich auf dem Terrain hinter der Wartehalle aufgehalten haben.

**\* Fälscht.** In der am 13. d. M. stattfindenden Gemeindevorstandswahl zur 3. Klasse sind von der hiesigen Arbeiterschaft wiederum die Genossen Julius Reich und Wilhelm Pöhl aufgestellt worden. Da nach der Landgemeinde-Ordnung nur in einer Wahlrunde gewählt werden darf und dabei so viel Personen zu bezeichnen sind, als zu wählen sind, so empfiehlt es sich, daß sich jeder Genosse vor der Wahl orientiert. Genosse Julius Reich soll als Ersatzmann an die Stelle des verzoogenen Genossen D. Thaler gewählt werden. Reich steht daher als erster zur Wahl. Jeder Genosse hat also darauf zu achten, bei der Wahl an

erst Genossen Julius Reich und dann Genossen Wilhelm Pöhl zu wählen, niemals aber umgekehrt, weil dadurch Stimmenverfälschung eintritt, was wir auf jeden Fall vermeiden müssen. Genossen, die noch keine Karte liegen vor uns bis zur Wahl, tue daher jeder seine Pflicht und die 3. Klasse der Gemeindevertretung muß trotz aller Machinationen der Gegner unfer werden.

**Groß-Rosen.** Am 1. d. M. wurde auf Veranstaltung der Rosener Genossen eine Filiale des Konsumvereins für Striegau und Umgegend in Groß-Rosen eröffnet. Die Eröffnung der Filiale scheint aber den hiesigen Kaufleuten in die Beine gefahren zu sein. Im „Striegauer Anzeiger“ prangt folgendes Inserat: „An unserer weitesten Kundtschaft von Groß-Rosen und Umgegend entgegenzukommen, beabsichtigen wir vom heutigen Tage bis auf weiteres unseren Prozentlag zu zahlen wie der Groß-Rosener Konsumverein und sind gleichzeitig bereit, das verlassene Maßbiß in derselben Weise zu vergütigen. Dämäl Vob! Adolf Bernick.“ Worum sind denn die Rosener Kaufleute ihren Kunden nicht schon lange entgegengekommen und jetzt auf einmal, da eine Konsumvereinsfiliale am Orte eröffnet ist? Früher konnten die Herren nicht einen Pfennig Rabatt gewähren und heute wollen sie den Prozentlag des Konsumvereins zahlen? Konsumisten von Rosen und Umgegend, Ihr könnt aus dem obigen Inserat ersehen, daß Euch die Kaufleute jetzt jahrelang, trotzdem sie imstande sind, Rabatt zu gewähren, um die Fische geföhrt haben. Das Inserat muß das Gegenteil von dem erzielen, was es bezwecken soll. Trete daher über, welcher noch dem Konsumverein fernsteht, bei, zeige jeder Konsumist, daß er nicht gewillt ist, noch weiter bei dem zu lausen, der ihm „relang seinen Rabatt vorzuzahlen hat. Darum muß die Partei in Rosen und Umgegend heißen: Ich beziehe trotz alledem meine Waren nur im Konsumverein!“ Einige Mitglieder des Konsumvereins.

**Krankheit D.-S., 7. Juli.** Vermißt war seit Sonntag die Steyerner Martha Klink. Am Dienstag ist ihr Gut in der Nähe der Klavanlage aufgefunden worden. Die Polizei wurde davon benachrichtigt, weil man annahm ihr sei ein Unglück zustoßen und sie in der vorbeistehenden Pruduit verunglückt. Die Untersuchung ergab, daß dies nicht der Fall war, man fand die Vermisste auf dem Außenterrain in der Nähe der Pruduit geföhnt in einem hilflosen Zustande auf. Die Ueberführung der 19-jährigen Klink erfolgte in das hiesige Krankenhaus. Ob die Krankheit oder Krankheit vorliegt, dürfte die eingeleitete Untersuchung ergeben.

— Durch Verbrennen schwer verunglückt ist am 5. d. Mts. das bei Herrn Postsekretär Zilling bedienstete 20-jährige Mädchen Anna Brzillen. Beim Hingangehen von Petroleum in einen Petroleumlocher explodierte das Petroleum und setzte die Kleider des Mädchens und verschiedene andere Kleidergegenstände in Brand. In diesem Unglücksmoment war niemand zugegen und die Hilferufe des dem Dienstmädchen wurden nicht bald gehört, so daß die Verunglückte schwere Brandwunden erlitt. In der Nacht ist die Brzillen ihren Leiden in dem Krankenhause erlegen.

**Reife, 5. Juli.** Die entlarvten Schwärzer. In der „Reißer Zeitung“ findet sich mehrere Tage hintereinander folgende Notiz:

In der Nr. 140 des „Vorwärts“ vom 17. Juni 1904 ist ein Brief veröffentlicht, welchen die Gräfin Franden-Sierstorffische Verwaltung zu Franzdorf am 13. Mai d. J. an den Herrn Dr. med. Baummann in Mogwitz, Kr. Grottau, gerichtet hat. Der „Vorwärts“ behauptet, dieser Brief sei einem Reisser Genossen durch ein gänziges Geschick in die Hände geraten. Das entspricht nicht der Wahrheit. Der Brief ist dem Herrn Dr. Baummann durch einen Reisser Genossen des „Vorwärts“ zugefallen und von dem Diefen dem „Vorwärts“ direkt oder durch Mittelpersonen zugeföhnt worden.

Wie die „Reißer Zeitung“ erfährt, hat die Königl. Staatsanwaltschaft zu Reife auf den Antrag des Herrn Dr. Baummann in Mogwitz gegen bestimmte Personen das Verfabren wegen Diebstahls und wegen Fehlzerei eingeleitet.

Der „Vorwärts“ wird wahrscheinlich diesem hochnotpeinlichen Verfabren ebenso gemüßwill entgegenstehen, als es die „bestimmten Personen“ tun werden. Uns fällt nur auf, daß die „Reißer Ztg.“ so empfindlich ist, ohne daß sie den Brief, der doch über ganz Deutschland hin Aufsehen erregt hat, mit abdruckt! Allerdings, da könnte ja die fromme Gräfin Franden-Sierstorffische Verwaltung etwas von dem heiligen Nimbus verlieren, mit dem die „Reißer Zeitung“ sie umgibt. In dem Briefe hieß es beinahe:

Wir bitten Ihre Besuche auf äußerste einzuschränken.

Sie waren bei der Rechtsfrau Droschmann in einer Woche vier Mal (man denke!) und so häufige Besuche entsprechen nicht unseren Wünschen.

Dieser Brief hat in Arztekreisen das größte Aufsehen erregt — können, wenn die Ärzte nicht ihren Kerger über die Ortstrankenfassen ausgießen hätten! Uns will aber scheinen, Herr Dr. Baummann läte gut, sich gegen die Annahmen eines solchen Auftraggebers zu wenden, als daß er den Staatsanwalt wegen eines wertlosen Stück Papiers anruft!

**Gleiwitz, 5. Juli.** Der Rabzger Gemeindefassen-Verband Josef Wolle stand heute wegen Verbrechen im Amte vor dem hiesigen Schwurgericht. Am 25. Februar d. J. war der Gemeindefassenverband nach Unterschlagungen flüchtig geworden. Wolle flüchtete seiner Zeit nach Wien, wurde hier aber schon nach 24 Stunden geföhnt und später angeführt. Er gesteht seine Tat ein. Im Jahre 1897 sei er als Gemeindefassenverband mit 2400 Mark Gehalt und Nebenemkünden angestellt worden. Das Gehalt steigerte sich später auf 3300 Mark. Wolle gab an, daß er nur 2000 Mark für sich und der Seinen Lebensunterhalt gebraucht hätte, trotzdem 300 Mark Defizit waren nichts Seltenes, und er habe zur Dedung der Beträge nicht nur sein Gehalt angewendet, sondern auch in etwa sechs Fällen an Schiedungen in der Weise seine Zustucht genommen, daß er Beträge, die eingezogen waren, erst drei bis sechs Monate später in die Bücher schrieb und in der Zwischenzeit mit dem Gelde die Kamios zu decken suchte. Um seine Verbindlichkeiten zu ordnen, habe er Spekulationen unternommen, aber auch da sei ihm durch widrige Fälle alles gequangen und er in die drückendste Notlage geraten. Als am 24. Februar eine ihm angeführte Doppelbet nicht beliehen worden sei, hätte ihn die Verzweiflung erfaßt. In seinem neubds übertrieben Zustande habe er dann circa 36,000 Mark Gelder aus der ihm anvertraut gewesenen Kasse entnommen. Mit diesen ging er nach Wien. Von hier aus schrieb er Briefe, daß er sich bald dem Gerichte stellen wolle, und sendete Geld an verschiedene Gläubiger. Man telegraphierte an die Polizei und Wolle wurde bald verhaftet, langnete auch gar nicht, der Gefangene zu sein. Zur Last werden dem Wolle 10 Fälle von Unterschlagungen gelegt und zwar die einfache Unterschlagung von 26,000 Mark und in neun Fällen Unterschlagung in Verbindung mit Sachfälschung. In vier Fällen bestritt Wolle jede Schuld und gibt, außer der großen Unterschlagung von 36,000 M., an, daß er in 5 Fällen Schiedungen in den Einnahmen in der bereits genannten Weise vorgenommen hätte. Der ärztliche Sachverständige bescheinigt Wolle als vollständig normalen, wenn auch hochgradig nervösen Menschen. Der Buchführer bestätigt, daß das sämtlichen Angaben des Wolle absoluten Glauben zu schenken sei, sowohl bezüglich der Schiedungen als auch bezüglich der Fälle, in denen sich Wolle als unschuldig bezeichnet habe. Der Staatsanwalt empfahl in seiner Anklagebeilage den Wolle der Milde der Geschworenen. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig der einfachen Unterschlagung und der qualifizierten Unterschlagung unter Unterschlagung milderer Umstände. Der Staatsanwalt beantragt 1 1/2 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. In Anbetracht der ganzen Lage des Falles verurteilt das Gericht den Angeklagten nur zu einem Jahre Gefängnis. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm nicht aberkannt, er auch vorläufig aus der Haft entlassen.



## Neue Siege der Japaner.

### Kaiping erobert.

Vom Kriegsschauplatz kommt die Nachricht von einem neuen Siege der japanischen Waffen:

Wie dem Neuterischen Bureau aus Tokio telegraphiert wird, hat General Oka Kaitschou (Kaiping) nach heftigem Kampfe besetzt.

Eine Meldung der „Daily Chronicle“ aus Tokio besagt noch, daß die Japaner vor Kaitschou mehr als 30 Kanonen erbeutet und über 50 Gefangene gemacht hätten.

Ueber die Zahl der Gefallenen und Verwundeten enthält das Telegramm des Londoner Blattes noch feinerer Angaben; offenbar bezieht sich der Bericht nur auf die erste Phase des Kampfes, nicht aber schon auf das Gesamtergebnis. Da aber zwei Quellen übereinstimmend von der neuen Schlacht berichten, kann man der Nachricht einiges Vertrauen entgegenbringen.

Kaitschou (auch Kaiping genannt) bildete den südlichsten Punkt der von dort bis nach Kiautschau sich erstreckenden russischen Positionen in der Süd-Mandschurei; es war bis jetzt von der Abteilung des Generals Samsonow besetzt, die sich nach dem genügend charakterisierten Bericht der „Vichemska Wjesnik“ erst am Dienstag in einem heftigen Gefechte gegen die japanischen Vortruppen auszeichnete und den Feind auf Senitschen zurückgeworfen hatte. Die Einnahme von Kaitschou durch General Oka zeigt wieder einmal, wie wenig die von russischer Seite verbreiteten Mitteilungen ein zutreffendes Bild von der wirklichen Kriegslage vermitteln; während die Russen der Welt verkündeten, daß die japanische Offensive zum Stillstand gebracht worden sei und die russischen Truppen die Japaner an der ganzen Linie zurückdrängten, erkennt man jetzt, daß die Japaner zwar langsam und vorsichtig, wie immer, aber stetig und unaufhaltsam weiter vordringen. Nachdem nunmehr Kaitschou in die Hände der Japaner gefallen ist, erscheint auch die Position der Russen in Niutschwang jetzt ernstlich bedroht, wenn nicht unhaltbar. Man wird wohl bald von einer Aktion Oka gegen Niutschwang hören, zumal sich der Umstand, daß Niutschwang noch von den Russen gehalten werden konnte, gerade in der letzten Zeit im Hinblick auf die erfolgreichen Expeditionen des russischen Torpedobootes „Leutnant Buraeff“ von Port Arthur nach Niutschwang und zurück für die Japaner recht unliebsam fühlbar gemacht hat.

### Der Kampf um Kaitschou.

General Scharow sendet dem Generalstabe folgende Teilmeldung:

Am Morgen des 7. Juli zog sich unsere Kavallerie langsam von den Höhen bei Baositschou nach Kaitschou zurück, indem sie der Vormarsch des Gegners anhält, der sechs Eskadrons die Hüfte entlang ausgefandert hatte, um unseren rechten Flügel zu umgeben. Um 2 Uhr Nachmittags besetzten drei Eskadrons des Gegners Sialatsi und wurden dadurch durch das Feuer einer Batterie einige Zeit aufgehalten. Um 5 Uhr besetzten drei Bataillone japanischer Infanterie mit zwölf Geschützen die Höhen bei Baositschou in der Nähe der Eisenbahn. Feindliche Schützenketten zogen sich auf den Höhen östlich von der Eisenbahnlinie bis Julinwa, während 15 Eskadrons Kavallerie gegen drei Dörfer sechs Werst südwestlich von Kaitschou vordrängten. Eine feindliche Batterie eröffnete um 2 1/2 Uhr Nachmittags vom Passe im Süden Julinwas das Feuer auf eine russische Abteilung, die sich in der Umgebung von Heisiatun, drei Werst östlich von Julinwa befand. Die russische Abteilung zog sich nach Edsiagon, sechs Werst südlich von Kaitschou, zurück. Gegen 10 Uhr Morgens besetzten 4 Kompanien des Gegners Suan-Loeffia, 14 Werst südlich von Kaitschou. Am Abend desselben Tages besetzte eine japanische Abteilung, die aus drei Kompanien bestand, die französische katholische Mission Jambuanon, sieben Werst südlich von Kaitschou. Ebenfalls gegen Abend besetzten fünf japanische Kompanien das Dorf Luamiaoopusa, neun Werst östlich

von Jambuanon. In der Nacht zum 8. Juli drangen zwei feindliche Kompanien gegen die russischen Feldwachen auf dem linken Ufer des Kantabe vor, wurden aber bemerkt und durch Gewehrfeuer gezwungen, zurückzugehen. Am 8. Juli nahm der Gegner um 5 Uhr früh den Vormarsch auf Kaitschou wieder auf, in einer Gesamtkörpers von etwa zwei Divisionen Infanterie mit einer bereiteten Brigade. Um 8 Uhr Morgens stellte der Gegner den Vormarsch auf den Höhen am Südbufer des Kantabe ein.

Was weiter folgte, wird vorläufig verschwiegen.

### Die Japaner nehmen Saong.

Die Londoner Blätter veröffentlichten eine Drahtung aus Kiautschau, derzufolge ein heftiges Treffen bei Saong stattgefunden habe. General Keller hatte mit 4000 Mann eine stark besetzte Stellung inne. Er wurde um Mitternacht von den Japanern angegriffen, worauf sich ein blutiger Kampf entspann. Die Russen rückten schließlich in größter Unordnung und ließen 350 Tote auf dem Schlachtfelde zurück. Die Depesche fügt hinzu, ein neues Treffen scheint bevorzustehen.

### Port Arthur stark bedroht.

Die japanische Armee unter Oka ist nunmehr, wie eine Darstellung des „Daily Express“ aus Tschifu besagt, noch fünf englische Meilen von Port Arthur entfernt. Heftige Kämpfe sind im Gange und die Japaner haben bereits zwei wichtige Außenposten eingenommen, halten auch mehrere Anhöhen besetzt, auf denen Befestigungsanlagen aufgestellt worden sind. Alles ist bereit für den letzten Sturmangriff, der jeden Augenblick erfolgen kann. Tagesflotte ist vollständig fertig und hatte ganz neuerdings ein Treffen mit dem russischen Port Arthur-Geschwader.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird weiter aus Tokio gemeldet: Das russische Port Arthur-Geschwader hat den Hafen verlassen und ist, mit ausgehängten Torpedonezen und Torpedobootszerstörern umgeben, nach Tschaupintau in See gegangen. — Hierfür muß Bestätigung doch abgewartet werden.

### Von englischer Seite ist beim Sultan Protest gegen die Durchfahrt weiterer russischer Schiffe

durch die Dardanellen erhoben worden. Der Konstantinopeler Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ meldet darüber folgendes:

Die Eisereisereien zwischen England und Rußland über die Meerengenfrage beginnen von neuem. Schon bei der Durchfahrt eines der russischen Freiwilligenflotten Angehörigen Ambulanz-Schiffes unter der Flagge des roten Kreuzes, dem der Sultan mit Freigang und Recht dem Abkommen gemäß den Befehl für die Passage erteilte, machte der britische Vizekonsul O'Connor Vorstellungen. Da nun andere nach Wladivostok bestimmte ähnliche Schiffe folgen sollen, erklärte er ausdrücklich, daß England es als einen Bruch der Neutralität betrachten werde, wenn die Durchfahrt bewilligt würde. Der russische Vizekonsul Sinowjew, der eben von seinem Urlaub zurückgekehrt ist, wird also Arbeit vorfinden. Der Sultan scheint übrigens O'Connors Auffassung neuerdings zu teilen.

Das ist wohl eine genügende Widerlegung der Meldung, wonach in naher Zeit auch ein Teil der russischen Schwarzenmeerflotte die Dardanellen passieren würde, und daß dagegen von seiner Seite Einspruch erhoben, vielmehr eine besondere darauf bezügliche Verständigung zwischen Rußland und England erzielt worden sei.

### Japans Hoffnungen.

In Japan ist, wie die Zeitschrift „Ost-Asien“ zu melden weiß, ein Verein gegründet worden, dem man den Namen „Karafuto-Kaifuku-Domei-Kai“ (auf deutsch: Verein zur Errettung der Zurücknahme der Insel Sachalin) gegeben hat. Die Gründer sind jetzige und frühere Reichstagsabgeordnete und andere Leute, z. B. Kentaro Oi, Man Tonama, Hironaka Kono, Präsident des letzten Reichstags, Kichi Kofubo u. a. Die Ziele des Vereins sind wie folgt öffentlich bekannt gemacht worden:

„Nördlich von unserm Reiche befindet sich eine große Schatzkammer, genannt Sachalin. Sie war früher unser Eigentum und unser nördlicher Schlüssel. Als es mit der Tokugawa-Regierung zu Ende ging, gerieten die Zustände im Lande in Unordnung, und im Norden Sachalins siedelten sich mit der Zeit viele Russen an. In den Perioden Kaiji (1848—1853) und Ansei (1854—1859) haben wir wegen der Insel mit Rußland Differenzen gehabt, wir haben viele Beamte nach Sachalin geschickt, aber wir konnten nicht verhindern, daß die Russen immer festeren Fuß faßten, und die Insel schließlich im Jahre 1875 ganz in russische Hände überging.“

Es ist für uns sehr schade gewesen, daß wir dazu genötigt waren, dies zuzulassen. Wir und unsere Geschichte können es nicht vergessen. Wenn gegenwärtigen Krieg mit Rußland ist die Seeherrschaft auf dem Gelben Meere in unsere Hände gekommen, und wir glauben sicher, daß wir auch zu Lande die Russen besiegen werden. Nach dem siegreichen Kampfe haben wir sehr viel zu hoffen, nämlich:

1. Verpachtung von Port Arthur.
2. Eröffnung der ganzen Mandschurei für die Fremden (offene Tür).
3. Schutz Koreas.
4. Das Recht, eine Eisenbahn von Widschu nach Niutschwang zu bauen.
5. Abtretung Wladiwostok und der ostsibirischen Küstenprovinz.
6. Gemeinsamer Besitz der sibirischen Eisenbahn durch die internationalen Mächte.
7. Kriegsentfaltung usw.

Diese Forderungen sind bei den Friedensverhandlungen zu erwägen, unbedingt muß aber die Rückgabe der Insel Sachalin, nach welcher wir uns schon lange sehnt haben, verlangt werden.“

Die Freunde Rußlands wissen jetzt, was Japan haben will. Sie können sich darauf einrichten, ihm wieder die Deute abzugeben, wie es nach dem japanischen Krieg mit China schon einmal geschah.

### Kleine Kriegsnachrichten.

Das russische Wladiwostok-Geschwader, dem die Japaner nicht beizukommen vermögen, macht wieder von sich reden. Dem „Vol. Ans.“ wird am Sonnabend aus Tokio gemeldet: Hier geht das Gerücht, daß der seit einigen Tagen vermisste japanische Dampfer „Sebei Maru“ von den Russen in dem Gewässer von Otschibo (Wests) in den Grund gebohrt worden ist.

Wie die mandschurische Grenzschutztruppe berichtet, überfielen am Abend des 4. Juli Chunksen eine Streifwache bei der Station Sipingai, 120 Werst nördlich von Tselin, und beschossen einen Militärzug. Der Angriff wurde zurückgeschlagen. Die Russen hatten keine Verluste. Am 5. Juli wurden nördlich von der Station Nuhanshan, 20 Werst von Kinguta, Signalfeuer bemerkt. Eine in der Richtung dorthin ausgesandte Streifwache entdeckte eine Chunksenbande von 15 Mann und zerstörte sie. Ein Chunksen wurde getötet.

Japans Absichten. Einem gefangenen und hierauf entflohenen russischen Offizier sagte General Kuroki: Die Absichten Japans erstrecken sich bisher auf die Besitzergreifung von der südlichen Mandschurei, die Einnahme Port Arthurs und Jialaus und die Befestigungen dieser Punkte. Rußland soll dann versuchen, sie zurückzuerobern. Dazu wären, meinte Kuroki, gewaltige Opfer an Geld und Menschen, nämlich eine neue Armee von 800,000 Mann aus Rußland erforderlich.

### Arbeiterbewegung.

Der neunte Verbandstag des Buchbinderverbandes fand in der vergangenen Woche in Dresden statt. Anwesend sind 63 Delegierte, ferner als Vertreter des hiesigen Bruderverbandes in Ungarn, Buchbinder-Subdapest, als Vertreter des Portefeuille-Verbandes Weinschild-Offenbach. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist durch Umbreit-Berlin vertreten. Ueber die Entwicklung und Leistungen der Organisation geben folgende Mitteilungen aus dem Geschäftsbericht Auskunft: Die Organisation hat in den letzten Jahren ganz erhebliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der Mitglieder stieg von 10,446 im Jahre 1900 auf 12,254 bis Ende 1903 und ist inzwischen auf ca. 14,000 angewachsen. Die Einnahmen des Verbandes stiegen in dieser Zeit von 158,000 Mk. auf 175,000 Mk., die Ausgaben dagegen betrugen 1900 170,000 Mk., 1901 113,200 Mk., 1902 107,319 Mk. und 1903 131,282 Mk., erfuhren also eine Verminderung, was aus dem Streit und der Arbeiterbewegung von 1900 resultiert. Unter den Ausgaben interessieren vor allem folgende Posten: Für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung

## Thalia-Theater.

Dresden, den 9. Juli 1904.

### Familie Schierke, Schwann von Gustav Kadelburg.

Wir können unserem Schöpfer danken, daß das neueste Erzeugnis der Kadelburgischen Schwannfabrik schon jetzt das Licht der Theaterlampen erblickt hat, so ist wenigstens zu erwarten, daß wir im kommenden Winter ein Stück dieses Genres weniger zu genießen haben werden. Was es der heiße Tag oder die Unlust des Publikums an derartigen Schwänzen, was bewirkt, daß das Theater eine so unheimliche Leere aufweist? Ein schwärmend Herz hofft immer, und so wollen wir uns wieder einmal der Hoffnung hingeben, daß endlich die Zuschauer beginnen, mehr vom Theater zu verlangen, als ihnen in der letzten Zeit geboten wurde. Ob nicht wirklich einmal die Leitung den Versuch unternehmen wird, dem Publikum trotz sommerlicher Hitze etwas Ernsthafte — nicht durchaus nichts Ernsthafte zu sein — zu bringen, als die ewigen Scherzstücke und Possen? Entweder man spielt im Sommer, aber auch dann nur Gutes, oder man schließt die Theaterporten und überläßt die Luftstille und Unterhaltung der Bereicherung Suchenden den Zingspielhallen und Konzertgärten. Dann weiß man, woran man ist, und geht nicht ins Theater, um Kunst zu suchen und leichte Unterhaltung zu finden.

„Familie Schierke“ ist die Geschichte einer Vormundschaft, die Herr Oster Katenbach laut gerichtlicher Verfügung übernehmen soll. In dem Familienfreund Kalki erwacht dem neuen Vormund ein arger Beirater und durch allerlei Mißgeschick, die Herrn Katenbach treffen, wird ihm demonstriert, wie schwierig es doch ein armer Vormund doch hat. Herr Bonno gab den Vormund, Herr Blumreich den Gegenvormund in wackerer Weise. Das Spiel der anderen Mitwirkenden war so daß man es weder gut noch schlecht finden konnte. Recht eigentümlich hörte sich das auf der Bühne verjappte Berlinerisch an, in natura klingt es doch ganz anders.

Einen seltsamen Anblick bot die Szene des 2. Aktes, auf der rechten Seite eine Hofball mit dem Tischlergesellen in vollster Tätigkeit, links eine wirkliche Volksgarantur, auf der linken Seite Schierke zum Kartoffelschalen Waschen. Man mußte, also nicht genau, handelte es sich um eine Werkstatt, einen Salon oder eine Küche?

### Aus aller Welt.

In dem Morde an der Ecke Berlin in Berlin werden neue Umstände berichtet, die eine völlige Ueberführung des unmaßlichen Mörders Berger zur Folge haben. Die Leberzeit muß einen großen Reizford, in ihm befand sich vor dem Morde der kleine Korb. Der Mörder hat nun diesen aus dem großen Korb heraus-

genommen und den kleinen Korb mit den hineingelegten Leichenteilen auf den anderen großen hinaufgesetzt. Es ist eine sehr erhebliche Menge Blut durch den Boden des kleinen auf und in den großen durchgeschossen. Berger hat sich auch noch in anderer Beziehung, einen Strich gebracht. Er ist so reich, daß alles darauf ankäme, daß ihm nicht unterwegs beim Transport die Patete nach dem Kanal eines anfangende. Er bemühte sich, die Verhinderung nicht gewöhnlichen Hindernisse, sondern eine eigenartige, sehr feste, gekrümmte Schnur. Nun fand man aber auch bei der Festnahme des Berber in seiner Tasche ein Stück Schnur, daß, wie die Untersuchung feststellte, genau ebenso gekrümmt und aus demselben Material angefertigt ist, wie die um die Leichenteile geschlungene.

Rettung Schiffbrüchiger des „Norge“. Einem Mitarbeiter der Steitner „Post“ gab ein Offizier des in Smirnodenbe eingelaufenen Petroleumdampfers „Energie“, welcher letzterer mit einem Teil der Besatzung des Einwandererschiffes „Norge“ hier eintraf, eine ausführliche Schilderung des Rettungswertes. Wir sichten, so heißt es in dem Bericht, ungefähr 5 Meilen entfernt vom Schiffsbord, ein Boot unter Segel mit darübergehobener Flagge. Da das Boot den Eindruck eines Fischerbootes machte, hielten wir darauf zu. Es war ein Rettungsboot mit Schiffbrüchigen des am 28. Juni am Kopenhavener Felsen gecheiterten Dampfers „Norge“. Im Boote befanden sich Kapitän Gundel und 7 Mann der Besatzung, sowie 61 Passagiere, darunter 21 Kinder im Alter von 1/2—9 Jahren. Da zur Zeit der Katastrophe die meisten Passagiere noch schliefen und das Schiff sehr schnell sank, hatten fast alle nur das nackte Leben gerettet. Demnach war der Anblick, den wir beim Anlegen des Bootes empfingen. Dicht aneinandergedrängt und nur mit den allerärmsten Kleidungsstücken versehen, saßen und lagen auf und unter den Bankmännern und Frauen, zwischen ihren Füßen die vielen kleinen Kinder. Am Ruder war Kapitän Gundel, barfuß und barhaupt, in Hemdsärmeln. So hatten die Kerne des 5 1/2 Tag im Boote ausgehalten. Nur wenige waren imstande, dem Rettungsboot zu gelangen. Fast alle mußten herangezogen werden. Alle waren krank, ihre Gliedmaßen stark geschwollen, besonders die Frauen und Kinder hatten sich durchgefressen und schwere Wunden erlitten. Am Ruder von 8 1/2 Jahren war am Tage vor der Rettung des Strapagen erlegen und mußte im Ozean verstaubt werden.

Das Kriegsgericht in Magdeburg verurteilte wegen Mordmordes gegen den Unteroffizier Beister vom Infanterie-Regiment Nr. 66. Der Angeklagte überfiel in einer öffentlichen Anlage eine Bürgergarde und vergewaltigte sie. Beister wurde zu zwei Jahren acht Monaten Zuchthaus und dreijährigen Ehrverlust verurteilt.

Erregung öffentlichen Aergernisses oder großer Unart? Am offenen See seines Schlafjammers soll der beim Infanterie-Regiment Nr. 134 in Plauen dienende Hauptmann Frh. v. Hallett ungebührliche Handlungen vorgenommen haben, wodurch sich die in einer gegenüberliegenden Südküste beschäftigten Arbeiterinnen bedroht

hätten. Der Hauptmann war deshalb, wie seiner Zeit berichtet, vom Kriegsgericht in Chemnitz wegen Erregung öffentlichen Aergernisses zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auf die von ihm eingelegte Berufung hob das Obergericht das Chemnitzer Urteil auf und erkannte gegen den Hauptmann unter Freisprechung von der Anklage der Verleumdung wegen Verübung grober Unfuges auf 150 Mk. Geldstrafe. Der von dem Verleumdiger gestellte Antrag, die Gründe des Urteils öffentlich zu veröffentlichen, wurde vom Gerichtshof abgelehnt. Die vollständig unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Sitzung, in welcher unter anderem eine Anzahl Arbeiterinnen und Werkmeister der Plauerer Fabrik als Zeugen geladen waren, nahm beinahe acht Stunden in Anspruch.

Bermittelt. In Wollstein (Elb) löste sich in einer Kneipe eine gewaltige Steinmauer los und verschüttete sieben Arbeiter. Arbeiter blieben tot, die übrigen wurden schwer verletzt.

Er mordung eines Gelbbrieftägers. In Schleifstall wurde am Sonnabend der Gelbbrieftäger Eret in einem möblierten Zimmer von einem Mörder, der das Zimmer erst Tags vorher unter dem Namen Anton Richard gemietet hatte und dem er einen kleinen Gelbbrief überbrachte, überfallen und erschossen.

Wie später gemeldet wird, ist der Mörder des Gelbbrieftägers am Sonnabend Vormittag verhaftet worden. Er ist ein sechs- oder siebenjähriger Mensch namens Emil Böhm, aus Straßburg gebürtig, der in letzter Zeit als Bildhauer in Rottmar tätig war. Böhm, dem bei der Verhaftung ein geladener Revolver abgenommen wurde, hat die Tat eingestanden.

Der Schuhmacherschick, der in der Nacht zum 5. Mai eine von Arbeit heimkehrende Plätterin in der Schlierwackerstraße in unangenehmiger Weise belästigt hatte, wurde am Sonnabend vom Berliner Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 50 Mark, eventuell 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Vorsitzende selbst bezeichnete diese Strafe als außerordentlich mild. Der Gerichtshof habe aber erwidert, daß der bisher unbefohlene Angeklagte angetrunken und ein Mann von geringer Bildung sei.

Von einer Angel aus dem französischen Kriege ist jetzt ein Veteran namens Joseph Kneip in Badamar befreit worden. Es wird darüber berichtet: Kneip litt seit etwa vier Monaten an einer eitrigen Wunde an der rechten Seite des Körpers, ohne daß die Ursache des Leidens ermittelt werden konnte. Nunmehr hat sich herausgestellt, daß das Leiden als eine Folge der bei Württemberg erlittenen Verwundung anzusehen war. Nach der eitrigen Wunde ist es nämlich vor einigen Tagen die Angel los, welche sich seit dem letzten Tage bei Württemberg im Körper des Veteranen befand. Kneip war, da seine schwere Verwundung eine Genesung nicht erhoffen ließ, in eine Kutsche transportiert worden, in welcher sich neben Kneip nur Verwundete befanden, bei denen nach menschlicher Annahme ähnliche Fälle vorgefallen angenommen werden würde. Der an-

